



Liebe Leserinnen und Leser,

hiermit erhaltet Ihr die Sommer-Doppelausgabe des BBU-Mail-Newsletter. Er ist mit Blick auf die Portokosten beim Postversand nicht „dicker“ als sonst, umfasst aber einen recht großen Zeitraum – darum handelt es sich um die diesjährige Nummer „06 – 07“. Nummer 08 folgt hoffentlich bald ...

In dieser Ausgabe ist wieder ein Mix verschiedener Themen. Wer regelmäßig und häufiger Informationen über spezielle Themen haben möchte, kann das unter Angabe des Gebietes der BBU-Geschäftsstelle mitteilen (s. u.).

Die Redaktion

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

BBU-Vorstand

Das nächste BBU-Vorstandstreffen findet am 08. September in Hamburg statt. Inhaltliche Anregungen aus den Reihen der (Förder)Mitglieder nimmt die BBU-Geschäftsstelle gern entgegen.

BBU-Pressemitteilungen

BBU-Pressemitteilungen finden sich im Internet unter <http://www.bbu-online.de/Presse.htm>. BBU-Mitglieder können ihre Pressearbeit mit der BBU-Geschäftsstelle abstimmen und dann auch gemeinsame Pressemitteilungen mit dem BBU-Vorstand vereinbaren. Gemeinsam kann so einem Anliegen mehr Nachdruck verliehen werden (z. B. Aufruf zu einer Demonstration oder Information über ein Genehmigungsverfahren).

BBU-Emailverteiler

Täglich erhalten wir in der BBU-Geschäftsstelle zahlreiche Mails, die je nach Arbeitsgebiet auch für Euch interessant sein könnten. Bisher nutzen knapp die Hälfte aller Mitgliedsgruppen, aber auch einige Einzelmitglieder den Mail-Infoservice. Wenn auch Ihr alle eingehenden Fachinformationen 1 : 1 per Weiterleitung erhalten wollt, gebt uns bitte per Mail Bescheid.

| | |
|----------------------------------|------------------------|
| Verteilerlisten | Klimaschutz |
| Chemiepolitik | Mobilfunk/ Elektrosmog |
| Energie/ Atomproblematik | Müllproblematik |
| Eine-Welt/ Globalisierung | Natur-/ Artenschutz |
| Friedensbewegung | Verkehrspolitik |
| Gentechnik | Wald/ Bodenschutz |
| Gesundheit/ Innenraumschadstoffe | Wasserproblematik |

Ihr könnt euch jederzeit in die Verteilerlisten ein- und austragen lassen - Email reicht. BBU-Bonn@t-online.de.

2. Aus den Fachbereichen

Energie

Solaranlagen

(U. B.) Nachahmenswert ist der „Solaranlagen-Stadtplan“, den unsere BBU-Mitgliedsinitiative „AMU Hainburg“ auf ihrer Internetseite präsentiert. Auf einen Blick wird deutlich, wo bereits Solaranlagen vorhanden sind, und wie viele freie Dachflächen noch für zahlreiche weitere vorhanden sind. <http://www.amu-hainburg.de/Solaranlagen-in-Hainburg.html>.

Nanotechnologie

Kirchliche Umweltbeauftragte fordern einen umfassenden gesellschaftlichen Dialog über nanotechnologische Entwicklungen

Die öffentliche Wahrnehmung der Nanotechnologie darf nicht nur auf die vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten und Zukunftsoptionen gelenkt werden. Vielmehr muss eine intensive gesellschaftliche Risikokommunikation stattfinden. Dies fordert die Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der evangelischen Landeskirchen (AGU) in einer soeben erschienenen Stellungnahme. Die 32-seitige Publikation gibt einen verständlichen Überblick über die vielfältigen Anwendungsbereiche der Nanotechnologie und weist insbesondere auf mögliche Risiken für Gesundheit und Umwelt hin. Sie zeigt bestehende Defizite bei der Technikfolgenabschätzung und bei der Regulation der Anwendung der neuen Technologie auf. Die gesamte Stellungnahme kann unter

http://www.kircheundgesellschaft.de/umweltreferat/documents/akzente14_nanotechnologie_download-version.pdf eingesehen werden.

Harald Gülzow, BBU-Vorstandsmitglied

Tierschutz

Kosmetik bald ohne Tierversuche?

(U. B.) Unter <http://www.heise.de/tr/artikel/94325> wird über die bevorstehende Abschaffung der Tierversuche in der Kosmetikindustrie berichtet. Darin heißt es u. a.: „Die Europäische Union macht ernst: Sie sagt den Tierversuchen der Kosmetikindustrie den Kampf an. Ab März 2009 dürfen all die Verschönerungsmittelchen, die Cremes, Lotionen, Make-ups, Gels, Peelings, Masken, Shampoos, Conditioner, Tröpfchen und Suspensionen, die Parfüms und Deos nicht länger an unglückseligen Kaninchen getestet werden. Die Entscheidung ist nicht neu, doch das Datum rückt unversöhnlich näher. Und die in der Erfindung mehr oder weniger nützlicher Produkte einfallreiche Kosmetikindustrie steht unter Druck, ihre Kreativität auch in weiteren Forschungsfeldern einzusetzen.“

BBU-Mitglieder, die sich mit der Thematik befassen, werden gebeten, eine Einschätzung der Situation für den Newsletter zu schreiben. Auch mit Blick auf Tierversuche in anderen Branchen.

Tonerschäden

Krank durch Toner – 10 Punkte zum aktuellen Sachstand

1. Laserdruckgeräte sind fast allgegenwärtig im beruflichen, öffentlichen und zunehmend auch im privaten Leben. Geschäftliche Korrespondenz wird überwiegend mit Toner gedruckt.
2. Laserdruckgeräte belasten die Atemluft von Menschen mit ungefilterten Emissionen von Schadstoffen (Schwermetalle, VOC, Organozinnverbindungen, Ozon) und gefährlichen lungengängigen Feinstäuben, bis hin zu Nanopartikeln. Diese wurden als Schwermetalle und VOC identifiziert und gelangen über die Atmung ins Blut und die inneren Organe. Toner haben höchst unterschiedliche chemische und physikalische Eigenschaften.
3. Millionen von Menschen sind den Emissionen aus Laserdruckgeräten und bedruckten Papieren nahezu tagtäglich und dauerhaft ausgesetzt.
4. Die Verbraucher und Nutzer erfahren nichts über diese Belastungen. Prüfsiegel werden nur selten vergeben und berücksichtigen Feinstaubemissionen und viele Schadstoffe nicht.
5. Die ITG weist seit 1998 auf die Gesundheitsgefahren durch Toner hin und hat mittlerweile über 1.500 konkrete Verdachtsfälle gesammelt, davon allein 500 in den letzten 6 Monaten. Die Betroffenen leiden v. a. unter Entzündungen der Atemwege, oft mit schweren Folgen. In weit über 100 Fällen gibt es konkrete fachärztliche Beweise für die Schädigungen durch Toner. In einem Fall belaufen sich die Kosten für die anerkannte Berufskrankheit durch Toner auf eine Million Euro. Jeder neunte registrierte Servicetechniker hat Krebs.
6. Stand der Wissenschaft:
 - Es gibt einen eklatanten Mangel an geeigneten Studien und keine wissenschaftlichen Beweise für die generelle Ungefährlichkeit oder Gefährlichkeit von Tonern. Wissenschaft, Medizin, Berufsgenossenschaften, Politik und Behörden haben bei der Aufklärung der Risiken versagt. Seit 15 Jahren liefern Humanstudien wissenschaftlich belastbare Hinweise für irritative und sogar genotoxische Wirkungen durch Toner [UmweltmedForschPrax 11(5)269 2006]
 - Die auf Initiative der ITG durchgeführte Tonerstudie der Universität Gießen hat erstmals die Emissionen von Laserdruckern, sowie auch die Gesundheit der Bürobeschäftigten unter realen Bedingungen untersucht. Es wurden höchst unterschiedliche und z. T. erhebliche Emissionen v. a. im Bereich feiner und ultrafeiner Stäube, sowie ein spezifisches Krankheitsbild von Reizungen

- der Atemwege, der Augen, der Haut und Kopfschmerzen festgestellt. Dies entspricht den Erfahrungen der Tonergeschädigten und dem Sick-Building-Syndrom (SBS) unter dem weltweit Millionen Menschen leiden, wobei die Ursachen oft unklar sind.
- Eine aktuelle englische Studie zum SBS an 342 finnischen Bürobeschäftigten zeigt, dass Drucker und bedruckte Papiere für die Beschwerden verantwortlich sind.
 - Die toxische und krebserregende Wirkung von Feinstäuben, Ultrafeinstäuben und NP ist wissenschaftlich hinreichend belegt.
7. Das Problem ist auf vergleichsweise einfache Weise lösbar, durch Einsatz von modernen Tintenstrahldruckern, die genauso leistungsfähig und sogar kostengünstiger sind, sowie durch Einbau von Filtern, Separierung der Geräte, Lüftung u. a. m.
 8. Hersteller und Berufsgenossenschaften (BG) leugnen weiterhin die Risiken durch Toner. Ministerien und Bundesbehörden haben nichts zum Schutz der Bürger unternommen.
 9. Erkrankungen der Atemwege und der Haut, wie Sie durch Toner verursacht werden, nehmen seit Jahren dramatisch zu. Es gibt also allen Grund zur Vorsicht.
 10. Das EU-weit geltende gesundheitliche Vorsorgeprinzip und die Tatsache, dass Millionen Bürger betroffen sind, zwingt schon bei dieser Verdachtslage zum sofortigen Handeln. Die Bevölkerung muss umgehend informiert und geschützt werden. Zudem ist weitere Forschung dringend notwendig.

*Interessengemeinschaft Tonergeschädigter im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e. V.,
ITG, Juni 2007, www.krank-durch-toner.de*

Umweltrecht

Bald höhere Strafen für Chemiesünder?

(U. B.) Ein 24jähriger ist kürzlich vom Amtsgericht Tiergarten wegen Sachbeschädigung unter anderem durch Flusssäure zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren ohne Bewährung verurteilt worden. Das Gericht habe den Umstand, dass es sich bei der verwendeten Säure um eine sehr gefährliche Flüssigkeit handele, als strafverschärfend bewertet, hieß es. Man darf gespannt sein, ob zukünftig Unternehmen, die ggf. große Mengen gefährlicher Stoffe freisetzen, auch mit drastischen Strafen rechnen müssen ...

(vgl. <http://www.jungewelt.de/2007/08-16/044.php>).

3. Ein neues BBU-Mitglied stellt sich vor

Für den Erhalt der Natur, gegen blinden Fortschrittsglauben:

Die Schutzgemeinschaft Hochwang e. V.

In der Schutzgemeinschaft Hochwang e.V. haben sich seit 1992 Bürgerinnen und Bürger zusammengeschlossen, die durch ein gemeinsames Ziel verbunden sind: den Schutz von Natur und Umwelt.

Jenseits aller parteipolitisch geprägten Diskussion geht es uns darum, gerade auch in der vermeintlich heilen Welt des ländlichen Raumes deutlich zu machen, dass all das eben nicht (mehr) selbstverständlich ist, was sich an natürlichen Lebensgrundlagen außerhalb der Ballungsgebiete erhalten hat.

In einer von Land- und Forstwirtschaft geprägten Umgebung ist es oft schwer ins Bewusstsein zu rücken, was durch Technisierung, Industrialisierung, Beschleunigung aller Lebensumstände verloren gehen kann – schließlich scheint hier noch vieles in Ordnung und am rechten Platz zu sein, was es anderswo so gar nicht mehr gibt.

Offensichtlich wird in städtischen Zentren weitaus mehr Verantwortung für den Erhalt einer intakten Umwelt übernommen als dies die Provinzpolitiker jedweder Couleur tun, wenn sie als Platzhirsche in ihrem heimatlichen Wahlkreis auftreten (und leider werden sie von vielen Wählern auch noch ernst genommen).

Die Schutzgemeinschaft Hochwang e.V. will ein unbequemer und unbestechlicher Mahner sein, der auch nicht davor zurück schreckt, tradierte politische Verhältnisse als das zu bezeichnen, was sie auch sein können (und manchmal sicherlich sind): nämlich Filz- und Vetternwirtschaft. Oft genug verbirgt sich hinter lautstark geäußelter Sorge um das Gemeinwohl ein sehr merkliches Eigeninteresse, gerade auch dann, wenn Belange des Umwelt- und Naturschutzes für nachrangig erklärt werden.

Deshalb engagieren wir uns gegen Vorhaben wie den Straßenbau in ökologisch wertvollen Gebieten, zumal es gerade bei uns in Mittelschwaben einflussreiche Kräfte gibt, die immer noch meinen, dass der ländliche Raum auto- und nicht menschengerecht sein soll.

Wir setzen dagegen das Plädoyer für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Für uns sind auch ein Käfer, eine Blume, ein Vogel schützenswert, mag das auch einer nicht begreifen, der vor lauter Fortschrittswahn den Respekt vor der Schöpfung verloren hat.

Die Mittelschwabenbahn die seit Jahrzehnten von einflussreichen Bürgern torpediert wird, braucht auch unsere Unterstützung. Das Verfüllen einer Tongrube, mit Lz2 Material (Gemarkung Ichenhausen), konnte

bisher von uns nicht gestoppt werden. Mit Hilfe und Wissen des BBU's hoffen wir auch hier auf eine positive Wendung. In diesem Sinne erfreut es uns Mitglied einer so großen gleichgesinnten Gemeinschaft zu sein.

*Johannes Todt,
Vorstand der Schutzgemeinschaft Hochwang e. V.,
Kontakt:*

Schutzgemeinschaft Hochwang e. V., Max Eyth-Strasse 14, 89335 Ichenhausen, Telefon: 08223 1635

4. Nachrufe

Klaus Bindner

Am 19. Juni ist Klaus Bindner bei einer Bergtour tödlich verunglückt. Seine politischen Wurzeln lagen im Widerstand gegen den Bau des AKW Wyhl. Hier der gemeinsame Nachruf des BUND und der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen: <http://vorort.bund.net/suedlicher-oberrhein/klaus-bindner-wyhl-nachruf.html>

Kläger gegen den THTR Hamm gestorben: Nachruf auf Hartmut Peek-Kruse

Am 24. Juli 2007 starb Hartmut Peek-Kruse im Alter von 66 Jahren an Nierenkrebs. Hartmut gehörte nicht nur zu den Bürgerinitiativ-Mitgliedern der ersten Stunde, sondern er war viele Jahre unser Vorsitzender, wichtiger Impulsgeber und mutiger Kläger gegen den THTR Hamm-Uentrop. Bis zum Beginn seiner Krankheit im Herbst letzten Jahres nahm er immer wieder an unseren Aktionen gegen Atomkraft teil. Der Beginn seiner und unserer Aktivitäten führt uns zurück in die Anfangsphase der Bewegung, in der wir uns erstmal orientieren und klären mussten, wie wir arbeiten und uns organisieren wollten. Denn Bürgerinitiativen waren Mitte der 70er Jahre etwas Neues in Hamm. Unter Hartmuts „Amtszeit“ fanden mehrere Bundes- und Landesmitgliederversammlungen des „Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz“ (BBU) in Hamm statt und führten zu einer stärkeren bundesweiten Beachtung unserer Initiative. Als die fast schon militärisch ausgetragenen Auseinandersetzungen am Bauzaun in Brokdorf und die aufkommende Terrorismushysterie der staatstragenden Parteien eine neue, repressive Zeit und Grundstimmung einläutete, wurde auch unsere gewaltfrei ausgerichtete Arbeit erschwert. In dieser Zeit schlug Hartmut einmal vor, unsere inzwischen höchstkritisch beäugte Bürgerinitiative in „Bürgerverein“ umzubenennen, um anderen Menschen den Zugang zu unseren Argumenten zu erleichtern. „Hartmuut – das ist ja furchtbar“, dachte ich. Als jüngerem Anarchisten standen mir daraufhin erstmal die Haare zu Berge. – Doch das Bestreben, sich gegenüber anderen Menschen so auszudrücken und zu verhalten, dass wir von ihnen verstanden werden konnten, setzte sich auch mit seiner Hilfe in unserer BI durch. Und führte bekanntlich trotz allen provinziellen Widrigkeiten und Beschränktheiten der Hammer Bürger letztendlich doch noch zum Erfolg. Doch zunächst wurde es erstmal Ernst, weil die Inbetriebnahme des THTR drohte. Wer hatte den Mut, auf juristischem Wege dagegen vorzugehen und würde ein erhebliches finanzielles Risiko auf sich nehmen? Davor haben wir uns (fast) alle gedrückt und Hartmut übernahm diese Aufgabe. Ich selbst glaubte kaum daran, dass der bürgerliche Staat uns Recht geben würde. Aber pragmatisch akzeptierte auch ich, dass die THTR-Prozesse ein wichtiger Baustein in unserem Widerstand-Mix sein könnten. Und wie wichtig sie wurden, zeigte sich schon bald, als ein sechswöchiger, vielbeachteter Baustopp auf diesem Wege durchgesetzt werden konnte, die Berichterstattung über den Pleitereaktor angekurbelt wurde und viele Aktionen in diesem Zusammenhang stattfanden. Die zahlreichen Unzulänglichkeiten und Schlamperereien bei Konstruktion und Bau des THTR's so erst an die Öffentlichkeit. – Hartmut nahm ruhig und gefasst die Arbeit in der Prozessgruppe und das enorme finanzielle Risiko auf sich – fast 15 Jahre lang! Denn selbst als 1989 der THTR stillgelegt wurde, zog sich das juristische Verfahren bis 1995 hin. Wie absurd! Mit finanziellen Nachforderungen in zehntausender Höhe, obwohl die realen Störfälle gezeigt hatten, dass wir mit unseren Bedenken Recht hatten. Erst eine Petition im NRW-Landtag führte zu einem Erlass der Restforderungen an ihn und machte dem unhaltbaren Zustand ein Ende.

Wie wir alle, so wurde auch Hartmut kein Vereinsmeier. Er krepelte die Ärmel auf, als es nach dem großen Störfall 1986 darum ging, mit Treckern die Zufahrten zu blockieren und drei Jahre lang eine direkte Aktion nach der Anderen hinzulegen, solange bis dieses Ding stillgelegt wurde. Die nicht unbedingt supergewaltfreie Losung „Hau weg den Scheiß!“ kam inzwischen mit einem ironischen Lächeln auch über seine Lippen. Es war mehr als verständlich, dass er den Druck der Gerichtsverfahren gerne mit einem Schlag losgeworden wäre.

Hartmut war SPD-Mitglied. Immer wieder konfrontierte er seine merkwürdigen „Genossen“ mit ihrem Eintreten für den sozialdemokratischen Staatsreaktor. Denn keine Partei stützte den THTR so sehr wie die SPD. – Ich weiss nicht, wann er ausgetreten ist. Irgendwann hat sich das Thema von selbst erledigt. Über unser Provinzblatt „Westfälischer Anzeiger“ konnte sich Hartmut – wie so Viele von uns - richtig aufregen. Als das Maß voll war, bestand er darauf, ab sofort (!) keine Zeitung mehr zu bekommen. Sein

Kampf gegen die vierteljährliche Kündigungsfrist bei diesem Blatt ist legendär. - Hartmut hörte Radio. Wenn dort ein sehr interessanter Bericht über AKWs oder über unseren Lieblingsfeind Laurenz Meyer zu hören war, meldete er sich kurz per Telefon und ich wusste als Redakteur des THTR-Rundbriefes bescheid, was in der akustischen Welt los war.

Auch in Hamm fanden Montagsdemonstrationen gegen die HartzIV-Gesetze statt. Ob sich von den „Ökos“ irgendjemand daran beteiligen würde? Bei einer Kundgebung vor dem grünen Parteibüro protestierte Hartmut in der ersten Reihe mit einem Transparent. – Ich war erleichtert, dass ich nicht als Einziger aus der Anti-Atombewegung dabei war.

Als im März 2006 Ministerin Thoben auf einem Stadtempfang im Kurhaus Werbung für einen neuen Pleitereaktor machen wollte, begrüßte eine Mahnwache mit Atommüllfass die 400 Besucher. „Rot“ und „Grün“ und wir unabhängige BI-Mitglieder demonstrierten wieder zusammen, Hartmut natürlich auch. Er rief mich im letzten halben Jahr fast nach jedem Erscheinen des THTR-Rundbriefes (manchmal aus dem Krankenhaus heraus) kurz an, gab Ratschläge, lobte oder vergewisserte sich, ob eine genannte Zahl auch wirklich stimmte. Die weltweite Renaissance der Generation IV- Reaktoren beunruhigte ihn. Unseren Widerstand unterstützte er weiterhin. Das jetzt in Südafrika all diejenigen Probleme beim Versuch eines THTR-Neubaus auftreten, die wir schon kannten und in Hamm hinter uns hatten, hat er noch mitbekommen. Ich hätte es ihm gegönnt, dass er es noch erleben könnte, wie sich die Geschichte des Scheiterns des THTR in den nächsten Jahren in Südafrika wiederholt; doch diesmal aus der Ferne, dabei an einer schwarzen Schokolade naschend, gelassener. Es war ihm nicht gegönnt. Die Welt kann sehr ungerecht sein.

Horst Blume, BI Umweltschutz Hamm e. V.

5. Zur Diskussion

BILD-Zeitung

Mit ungewohnt deutlichen Worten kritisierte die Deutsche Umweltstiftung die Kooperation von Greenpeace, WWF und BUND mit der Bild-Zeitung. In einer Pressemitteilung vom 26. Juni 2007 sagte Hans Günter Schumacher, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Deutschen Umweltstiftung:

„Greenpeace, WWF und BUND fallen durch die Zusammenarbeit mit der Bild-Zeitung der deutschen Umweltbewegung in den Rücken und begehen damit einen unverzeihlichen Vertrauensmissbrauch. Diese großen Umweltverbände verlieren an Glaubwürdigkeit und verraten moralische und ethische Werte, die sie für sich bisher immer in Anspruch genommen haben, nicht nur gegenüber ihren Mitgliedern“.

Die vollständige Pressemitteilung steht im Internet unter:

<http://www.deutscheumweltstiftung.de/aktuell/pm0807.htm>

EMAS & ISO 14001

„EMAS & ISO 14001: Umweltzertifikat für Umweltzerstörer“ titelt ein Artikel von Axel Mayer (BUND - Geschäftsführer in Freiburg und Vizepräsident des Trinationalen Atomschutzverbandes in Basel) auf der Web.Seite www.mitwelt.org. Mayer geißelt in seinen Erörterungen die Auszeichnung von umweltbelastenden Firmen mit Umweltzertifikaten nach EMAS und ISO 14001 an. „Umweltzertifikate wie ISO 14001 und EMAS, werden durch einen solchen gezielten Missbrauch diskreditiert und stellen sich selbst und die damit häufig verbundene, auswuchernde Bürokratie in Frage. Nach der teuren Zertifizierung ist dann immer auch vor der nächsten Zertifizierung und alles zum Wohlgefallen einer zunehmend mächtiger werdenden Zertifizierungsindustrie. Irgendwann werden die umweltbelastenden Firmen mit "Ökozertifikat" ihre Aktien, dann auch als Ökoaktien, als so genannte grüne Geldanlage verkaufen. Wenn in den AKWs Tschernobyl und Harrisburg und in den Chemieanlagen von Union Carbide in Bhopal und Ciba in Seveso der Müll sauber getrennt, Orchideen gepflegt und ein Umweltmanagement erstellt worden wäre, hätte einer Zertifizierung nach ISO 14001 oder EMAS sicher nichts im Wege gestanden.

Eine kritische Debatte zum offensichtlichen Missbrauch von Umweltzertifikaten wie EMAS und ISO 14001, zu Greenwash, zunehmender Bürokratie und neuen Durchsetzungsstrategien der Umweltzerstörer, gibt es in der Umweltbewegung leider nur in Ansätzen.

Wie es enden könnte, wenn wir derartige Manipulationen zulassen und akzeptieren hat George Orwell im Roman »1984« eindrucksvoll beschrieben. Die drei Leitsätze der von Orwell beschriebenen Gedanken-diktatur waren: »Krieg ist Frieden«, »Freiheit ist Sklaverei«, »Unwissenheit ist Stärke«. Von Umweltzertifikaten für Umweltverschmutzer wusste Georg Orwell noch nichts.“, so die Quintessenz von Axel Mayer. Der gesamte Artikel kann unter <http://www.mitwelt.org/emas-iso-14001-kritik.html> nachgelesen werden.

Susanne Bareiß-Gülzow, Vorstandsmitglied VSR-Gewässerschutz

Die Newsletter-Redaktion interessiert sich für Eure Meinungen zu diesen (und anderen) Themen. Schreibt uns!

6. Lesetipps

Informationsfreiheitsrecht mit Umweltinformations- und Verbraucherinformationsrecht

Das Loseblattwerk enthält Kommentierungen des Informationsfreiheitsgesetzes des Bundes (IFG) und Schleswig-Holsteins sowie sämtliche Informationsfreiheitsvorschriften der Bundesländer. Es umfasst weiter Kommentierungen des Umweltinformationsgesetzes des Bundes (UIG), der EG-rechtlichen Vorgaben sowie der Aarhus-Konvention und die Texte der Landesumweltinformationsgesetze. Aufgenommen werden außerdem Vorschriften des Verbraucherinformationsrechts wie das Verbraucherinformationsgesetz des Bundes. Zudem sind andere Vorschriften des Bundes der Länder, der EG und anderer Staaten auf dem Gebiet der Informationsfreiheit sowie einschlägige Rechtsprechung enthalten.

Die rechtliche Bedeutung

Diese oben genannten Vorschriften räumen jedermann das Recht auf Zugang zu Informationen bei den Behörden ein und stecken dieses Recht unterschiedlich weit ab. Sie bewirken einen Wandel im Verhältnis Staat-Bürger, der Grundsatz des Verwaltungsgeheimnisses verändert sich zu einem Grundsatz der Verwaltungstransparenz, die sich ebenfalls erstreckt auf Private, soweit sie öffentliche Aufgaben wahrnehmen. Das Werk gibt ausführliche Hilfestellung, wie Verwaltungsinformationen erlangt werden können. Es ist deshalb sowohl für Behörden, Industriebetriebe, Verbände und Fachanwälte unverzichtbar. 2.648 Seiten, Loseblattwerk in 2 Ordnern, Stand 18. Aktualisierung April 2007, wird ca. 3-mal im Jahr aktualisiert, € (D) 108,00 zzgl. Aktualisierungslieferungen, ISBN 978-3-8114-9270-7.

Aus dem Verlagsinfo, vgl. http://www.huethig-jehle-rehm.de/hjr/detail/isbn/978-3-8114-9270/order_nr/81149270/impression/167508/titel/Informationsfreiheitsrecht+mit+Umweltinformations-+und+Verbraucherinformationsrecht+IFG-UIG-VIG.

BBU-Pressemitteilungen

Pressemitteilungen des BBU können unter <http://www.bbu-online.de/Presse.htm> nachgelesen werden.

7. Terminhinweise

01.09.2007: Auf ins Wendland

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (eine Mitgliedsinitiative des BBU) und viele Bürgerinitiativen und Verbände, darunter auch der BBU, rufen für den 1. September zur Teilnahme an einer Anti-Atomkraft-Demonstration im Wendland auf, die durch einen „Generations Move“ abgerundet wird. Ausführliche Informationen unter <http://www.castor.de/aktionen/2007/1sept/flugblatt.html>.

01.09.2007: Antikriegstag

Aktionstermine zum diesjährigen Antikriegstag findet man u. a. auf der Internetseite des Netzwerkes Friedenskooperative <http://www.friedenskooperative.de>.

14. – 16.09.2007: 2. Frankfurter Umwelt-Kongress

Dieser mehrtägige Kongress, zu dem auch TeilnehmerInnen weit über Frankfurt hinaus eingeladen sind, befasst sich mit unterschiedlichsten Umweltaspekten. Veranstalter sind die Deutsche Umwelt-Gesundheits-Initiative DUGI e.V. (eine Mitgliedsinitiative des BBU) und die ECO-Engineering Consultants International (EECI). Unterstützt wird der Kongress vom BUND, vom BBU und vom Chemical Sensitivity Network. Nähere Informationen gibt es unter <http://www.dugi-ev.de/Flyer080707-2.pdf>.

22.09.2007: Internationale Urankonferenz in Dortmund

Zu dieser eintägigen Konferenz laden rund 30 Initiativen und Organisationen aus dem In- und Ausland ein (darunter auch der BBU). Schwerpunktthemen werden die Urananreicherung allgemein und speziell die hochgefährlichen Uranhexafluoridtransporte sein. Einladungstext und organisatorische Hinweise befinden sich im Internet unter <http://www.bbu-online.de/Termine/uranflug-korrekt-k.pdf>. Für Rückfragen steht auch die Bonner BBU-Geschäftsstelle zur Verfügung.

8. Impressum

BBU-Newsletter Nr. 06-07/07, Hrsg: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 73, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Mitglied des Geschäftsführenden BBU-Vorstand. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 25.08.2007. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. E-Mail-Adresse der Redaktion: bbu-newsletter@bbu-bonn.de.